

N I E D E R S C H R I F T

über die 14. Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses der Stadt Gummersbach vom 09.03.2017 im Fachausschusssitzungssaal, Rathausplatz 1, 51643 Gummersbach.

Die Mitglieder des Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses waren durch die fristgerechte Einladung einberufen. Der Vorsitzende stellt bei Eröffnung der Sitzung fest, dass gegen die ordnungsgemäße Einberufung Einwendungen nicht erhoben werden. Der Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss ist nach der Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig.

Anwesend sind:

Vorsitz

Vorsitzender Torsten Stommel

Mitglieder

1. stellv. Vorsitzender Axel Blüm

2. stellv. Vorsitzender Michael Franken

Stadtverordneter Hans-Friedrich Schmalenbach

Stadtverordneter Horst Naumann

Stadtverordneter Uwe Oettershagen

Vertretung für Herrn Jörg Jansen

Stadtverordneter Karl-Otto Schiwiek

1. stellv. Bürgermeister Jürgen Marquardt

Stadtverordneter Jakob Löwen

Stadtverordneter Reinhard Elschner

Stadtverordneter Thorsten Konzelmann

(bis 18:48 Uhr)

Stadtverordneter Christian Weiss

Stadtverordnete Elke Wilke

Stadtverordnete Sabine Grützmacher

Stadtverordneter Reinhard Birker

Verwaltung

Erster Beig. Raoul Halding-Hoppenheit

StVwD'in. Katharina Klein

StI'in. Dominique Stölting

Schriftführerin Jasmin Dieckmann

Entschuldigt:

Mitglieder

Stadtverordneter Jörg Jansen

Beschluss- und ggf. Verhandlungsniederschrift

Verwaltung

Bürgermeister Frank Helmenstein

StVR. Bernhard Starke

StVR. Jochen Ritter

Die Niederschrift führt: Jasmin Dieckmann

Sitzungsbeginn 18:00 Uhr

Sitzungsunterbrechung:

Sitzungsende: 18:55 Uhr

T a g e s o r d n u n g

Öffentlicher Teil:

- TOP 1 Niederschrift der letzten Sitzung
- TOP 2 Aktuelle Haushaltsentwicklung
Vorlage: 03185/2017
- TOP 3 Außerplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln für den Bau einer P+R
Anlage am Bahnhof Dieringhausen
Vorlage: 03186/2017
- TOP 4 Mitteilungen

Nicht öffentlicher Teil:

- TOP 5 Verkauf eines Grundstücks in Lantenbach
Vorlage: 03188/2017
- TOP 6 Befristete Niederschlagung von Gewerbesteuern
Vorlage: 03189/2017
- TOP 7 Auflösung der "Oberbergische Krankenhausdienste GmbH (OKD)"
Vorlage: 03190/2017
- TOP 8 Mitteilungen

Öffentlicher Teil:**TOP 1****Niederschrift der letzten Sitzung**

Gegen die Niederschrift über die 13. Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses vom 28. November 2016 werden keine Einwendungen erhoben.

TOP 2**Aktuelle Haushaltsentwicklung**

Herr Halding-Hoppenheit informiert über die aktuelle Haushaltssituation. Im Bereich der Gewerbesteuer entspricht das Anordnungssoll dem Ansatz. Grund hierfür ist die gute Wirtschaftslage der Betriebe u.a. in den Jahren 2013 und 2014. Im Bereich der Vergnügungssteuer wird mit dem Erreichen des Haushaltsansatzes gerechnet.

Im Bereich der Kreisumlage wird momentan davon ausgegangen, dass der Ansatz gehalten wird. Allerdings gibt es hier eine Ankündigung des LVR, dass eine zuvor gebildete Rückstellung aufgelöst wird und den Kommunen zurückgezahlt werden soll. Hierüber gibt es allerdings noch keine öffentliche Bestätigung des OBK oder des LVR.

Im Asylbereich wird mit einer Entlastung gerechnet, da die Fallzahlen unterschritten werden. Für die Erstaufnahmeeinrichtung Strombach ist kurzfristig mit einer weiteren Kostenerstattung zu rechnen. Noch nicht abschließend entschieden ist über die Nutzungsentschädigung, die zwar dem Grunde nach von der Bezirksregierung akzeptiert wird, über die Höhe aber noch verhandelt wird.

Im Anschluss geht Herr Halding-Hoppenheit auf das Jahresergebnis 2016 ein. In den Bereichen der Gewerbesteuer, der Grundsteuer B und der Hundesteuer liegen die Erträge über den Ansätzen. Die Aufwendungen für die Kreisumlage liegen aufgrund der Abrechnung der differenzierten Umlagen rund 56 T€ über dem Ansatz. Im Bereich der Kassenkreditzinsen kommt es aufgrund des Zinsniveaus zu Einsparungen in Höhe von 280 T€.

Mit voraussichtlich 360 T€ liegt der Fehlbetrag im Bereich Asyl deutlich unter dem kalkulierten Fehlbetrag von 1,5 Mio. €. Der Grund hierfür liegt bei der geringen Fallzahl, die in 2016 im Durchschnitt bei 676 Flüchtlingen lag.

Bei den Kindertagesstätten liegen Mehraufwendungen vor. Gründe sind die Einrichtung neuer Gruppen und die Verpflichtung höhere Landesmittel an die Träger weiterzuleiten. Bei den Bädern sind keine Verlustübernahmen zu zahlen, im Ansatz stehen hier 40 T€.

Herr Halding-Hoppenheit fasst zusammen, dass der kalkulierte Fehlbedarf von 7,36 Mio. € vorbehaltlich der noch durchzuführenden Abschlussbuchungen um rund 2 Mio. € unterschritten werden könnte und dass dieses Ergebnis eine Annäherung an die „Schwarze Null“ in 2018 ist.

Auf Nachfrage erklärt Herr Halding-Hoppenheit, dass die Nachzahlung durch HBB, die sich aufgrund des vorzeitigen Verkaufs des Forums Gummersbach ergeben hat, zur Förderung der Innenstadt eingesetzt werden soll und in der Minderung des Fehlbedarfs nicht eingerechnet ist. Die Verwaltung wird der Politik zu gegebener Zeit einen entsprechenden Verwendungsvorschlag vorlegen.

TOP 3

Außerplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln für den Bau einer P+R Anlage am Bahnhof Dieringhausen

Vorlage: 03186/2017

Frau Klein erläutert die Vorlage.

Nachfolgender Beschluss wurde einstimmig gefasst.

Abstimmungsergebnis:

Ja 15

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt beschließt zur vorzeitigen Umsetzung der Maßnahme „Bau einer Park+Ride-Anlage am Bahnhof Dieringhausen“ die außerplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln in Höhe von 520.000 € auf dem Investitionsprojekt 5.208.

TOP 4

Mitteilungen

Gesamtabschluss

Zur Vorbereitung der Gesamtabschlüsse soll zunächst eine Gesamtabschlussrichtlinie erstellt werden, die die Konsolidierung verbindlich festlegen soll. Hierbei wird darauf Wert gelegt, den Gesamtabschluss adressatenorientiert und mit Konzentration auf die wesentlichen Bereiche zu erstellen. Im 2. Halbjahr 2017 soll der Gesamtabschluss 2010 dem Rat vorgestellt werden. Die nachfolgenden Jahre werden anschließend erstellt. Eine zeitliche Einschätzung ist hier noch nicht möglich.

Genehmigung Haushalt 2017

Die Bezirksregierung Köln hat angekündigt, den Haushalt 2017 ohne Auflagen zu genehmigen. Die Genehmigung des OBK fehlt bisher, laut Auskunft des Kreises ist hiermit im März 2017 zu rechnen.

Neuregelung zum Thema Unterhaltsvorschuss

Herr Halding-Hoppenheit informiert über die Neuregelungen zum UVG, die wahrscheinlich zum 01.07.2017 in Kraft treten sollen. Die maximale Bezugsdauer von 72 Monaten und die Höchstaltersgrenze von 12 Jahren entfallen. Es wird mit der doppelten Fallzahl gerechnet, weshalb ein Mehraufwand vor allem im Personalbereich entstehen wird. Auf Antrag des FB 10 wurden zwei zusätzliche Stellen befürwortet, um die Arbeitsfähigkeit des FB 10 zu gewährleisten. Auf Nachfrage der SPD erklärt Herr Halding-Hoppenheit, dass zur Vollstreckung durch einen Gerichtsvollzieher ein Titel erwirkt werden muss, der zu einem hohen Aufwand bei niedrigen Aussichten auf Erfolg führt. Auf Nachfrage erklärt Herr Halding-Hoppenheit, dass die Auslagerung der Vollstreckung grundsätzlich möglich ist, aber eine Zustimmung des Landes als Forderungsinhaber notwendig ist.

Information des Ausschusses

Laut Herrn Halding-Hoppenheit wird der Ausschuss im kommenden Jahr über folgende Punkte informiert, sobald der Abschluss 2016 fertiggestellt ist:

- Offene Forderungen
- Verbindlichkeiten und Kredite/ Kreditspiegel

Beschluss- und ggf. Verhandlungsniederschrift

Torsten Stommel
Vorsitz

Raoul Halding-Hoppenheit
Erster Beigeordneter und
Stadtkämmerer

Jasmin Dieckmann
Schriftführung